**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/2080**

Bernd Schubert

Bürgerbeauftragter
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Johannes-Stelling-Straße 14
19053 Schwerin
Telefon: 0385 525-2709
Telefax: 0385 525-2744

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Per E-Mail am 31.05.2007

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Petitionswesens und zur Zentralisierung der Landesbeauftragten und ihrer Aufgaben

Sehr geehrter Herr Buder,

der Bitte des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, komme ich gerne nach.

Nach meinem Dafürhalten sollten die drei in dem Gesetzentwurf benannten Beauftragten des Landes Schleswig-Holstein rechtlich und bei der Wahrnehmung ihres Amtes und Erfüllung ihrer Aufgaben unabhängig voneinander bleiben. Allein schon aus der verschiedenen Art der Aufgabenfelder und vor allem auch der Aufgabenwahrnehmung ergeben sich so große Unterschiede, dass die Zusammenführung der Funktionen in einem Amt nicht zu Synergieeffekten, sondern zu Verlusten in der Funktionalität führen würde. Allerdings sollte überlegt werden, das Amt des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen ebenfalls beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages anzusiedeln, um die Unabhängigkeit des Amtes zu dokumentieren.

Hiermit wäre es auch leichter, wie von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen, die dann drei beim Landtag angesiedelten Beauftragten organisatorisch unter einem Dach zusammen zu fassen. Das Ziel, den Bürgern Hilfestellung zu leisten, lässt sich nur verwirklichen, wenn schon der Zugang zu dem jeweiligen Beauftragten ein leicht erreichbares und niederschwelliges Angebot

darstellt. Insoweit sollte die Idee, die drei Ämter organisatorisch und räumlich vernetzt anzusiedeln, aufgegriffen werden.

Im Hinblick auf die umfangreichen Beratungsaufträge, die die Schleswig-Holsteinischen Gesetze vor allem der Bürgerbeauftragten aber auch den anderen Beauftragten auferlegen, ist der Gedanke, die Befugnis, auch gegenüber länderübergreifend oder bundesweit tätigen Behörden vermittelnd tätig zu werden, in das Gesetz aufzunehmen, sehr zu begrüßen. Auch wenn sich aus dem gesetzlichen Auftrag bereits die entsprechende Befugnis ergibt, wäre vor dem Hintergrund der Vorschrift des § 3 Ziffer 1 Rechtsberatungsgesetz eine klarstellende Regelung von Vorteil.

Im Hinblick auf die unabhängige und vor allem parteipolitisch neutrale Tätigkeit der Beauftragten scheint es mir problematisch, wenn man nicht nur dem Petitionsausschuss und einem Quorum der Mitglieder des Landtages, sondern auch einzelnen Fraktionen das Recht zubilligt, jederzeit einen Bericht der Bürgerbeauftragten über Einzelfälle vor dem Petitionsausschuss zu verlangen, wie in § 8 Absatz 4 des Gesetzentwurfes vorgesehen.

Ich hoffe, Ihnen und den Ausschussmitgliedern mit diesen Hinweisen bei der Entscheidungsfindung behilflich sein zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Schubert

Bürgerbeauftragter
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Johannes-Stelling-Straße 14
19053 Schwerin
Telefon: 0385 525-2709
Telefax: 0385 525-2744
E-Mail: Post@buengerbeauftragter-mv.de
Homepage: www.buengerbeauftragter-mv.de